

Die Mühe der EU mit dem Steuerwettbewerb

Die Schweiz als Gegenmodell zum Zentralismus

Von Otto Graf Lambsdorff*

Die Kritik der Europäischen Kommission an der Holdingbesteuerung auf Kantonebene entbehrt im Urteil des Autors jeglicher Grundlage. Das fehlende Verständnis für die Schweizer Verhältnisse bei der Unternehmensbesteuerung wird im folgenden Beitrag auf zwei richtungsweisende Fragen zurückgeführt, die sich die Union selbst stellen müsse. (Red.)

Der Protest der EU-Kommission an der Zurückhaltung des Schweizer Fiskus bei Holdinggewinnen im Ausland entbehrt jeglicher Grundlage. Das Freihandelsabkommen von 1972 ist wahrlich keine Basis, um sich in die schweizerische Steuerhoheit einzumischen. Zudem hat die EU jahrelang die jetzt kritisierten kantonalen Steuerprivilegien nicht beanstandet. Die Standhaftigkeit von Finanzminister Hans-Rudolf Merz ist folglich nachzuvollziehen und zu begrüßen. Allerdings liegt des Pudels Kern nicht in der kantonalen Schweizer Unternehmensbesteuerung. Es geht vielmehr um zwei richtungsweisende Fragen, die sich die EU selbst stellen muss.

Wettbewerb oder Kartell?

Erstens müssen sich die Vertreter der Europäischen Union klar werden, ob sie wirklich nach einem durch Wettbewerb geprägten europäischen Wirtschaftssystem streben, das auch langfristig mit dem Rest der Welt mithalten kann. Zwar werden richtigerweise Kartellbildungen verhindert und zum Wohle des Bürgers marktwirtschaftliche Strukturen gefördert. Dabei stellt sich die Kommission oftmals gegen Interessen der Mitgliedsländer, wie im Fall der geforderten Korrektur des deutschen Telekommunikations- oder Volkswagengesetzes. Die EU nimmt in diesen Bereichen die Rolle des marktwirtschaftlichen Korrektivs nationaler Wettbewerb-Versäumnisse ein. Umso unverständlicher ist die Gesinnung hinsichtlich nationaler Steuergesetzgebung.

Statt Steuer- und damit auch Standortwettbewerb zwischen Mitgliedstaaten zu fördern, schickt sich die Kommission auf Druck von grossen EU-Mitgliedstaaten an, in die Steuerautonomie einzelner Länder einzugreifen. Das läuft hinaus auf eine Strategie des «raising rival's costs», wie wir

sie aus der Diskussion um den Wettbewerb der Systeme kennen. Sie steht im diametralen Gegensatz zum Ursprungslandprinzip als Integrationsstrategie, das der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit seiner wegweisenden Entscheidung von 1979 zum Fall «Cassis de Dijon» präjudiziert und das in der Folge die Europäische Kommission mit dem Weissbuch von 1985 bzw. die EU mit der Einheitlichen Akte für eine segensreiche Entfaltung des EG-Binnenmarktes entwickelt hat.

Mehreinnahmen durch niedrige Tarife

Bedenklich ist dieses wettbewerbsfeindliche Vorgehen der Kommission gegen EU-Mitgliedstaaten, beispielsweise gegen Estland und die Slowakei. Skandalös wird es bei der Einmischung in die Steuerhoheit eines Drittlandes wie der Schweiz. Dabei liegt der Unternehmenssteuersatz in Zug bei 13% bis 16%, während er in Irland 12,5% und auf Zypern gar nur 10% beträgt. Um Europa wettbewerbsfähiger zu machen, müsste der Kommission im Grunde an einer Konkurrenzsituation ihrer Mitgliedsländer untereinander gelegen sein. Wie das funktionieren kann, zeigen die finanzpolitischen Erfolge der Kantone Zug und Schwyz in der föderalen Schweiz. Wenn den Wirtschaftssubjekten mehr Geld zur Verfügung steht, kann sich nachweislich ökonomisches Wachstum entfalten. Niedrige Steuersätze führen oft zu höheren Steuereinnahmen. Die meisten europäischen Finanzminister (auch der deutsche) haben das Swifische Steuer-Einmaleins und die Laffer-Kurve nicht verstanden.

Hang zum Zentralismus

Zweitens muss sich die Europäische Union fragen, ob sie zukünftig Föderalismus oder Zentralismus möchte. Die Brüsseler Beschwerde bei der Landesregierung in Bern gegen kantonale Steuerentscheide für Holdinggesellschaften zeigt nämlich ein weiteres grundlegendes Problem der EU auf. Es existieren zwei Vorstellungen von Europa, die der Intergouvernementalisten, die einen Verbund dauerhaft souveräner Staaten anstreben, und die der Föderalisten, die einen europäischen Bundesstaat fordern. Dabei erweist sich der institutionelle Aufbau als schlechter Kompromiss zwischen diesen beiden Ansichten. Die Kommission als eine Art EU-Regierung ist im Rat auf die Mitgliedstaaten angewiesen, während sich der EU-Ministerrat und das EU-Parlament die Legislative teilen. Die Europäische Kommission zeigt offensichtlich einen starken Hang zum Zentralis-

mus, der im Streit mit der Schweiz wieder zum Tragen kommt. Statt auf das Subsidiaritätsprinzip zu setzen und damit den Kantonen ihre eigene Steuerautonomie zuzugestehen, wüsste die Kommission am liebsten den Grossteil der politischen Entscheidungen zentralisiert und vereinheitlicht. Dass derzeit 84% der Rechtsakte in Deutschland aus Brüssel kommen, deutet darauf hin, wie nahe die Kommission diesem Ziel ist.

Es sind vor allem vier Gründe, die diesen Kurs mittragen: Erstens streben EU-Politiker und Beamte gemeinsam opportunistisch nach Macht; zweitens setzen nationale Ministerien Interessen, für die sie im eigenen Land keine Mehrheiten finden, auf EU-Ebene gemeinsam durch; drittens begünstigt der Ministerrat den Regulierungsausbau durch politischen Pakethandel, und viertens schliesslich tendiert der EuGH meist zu Entscheidungen zugunsten Brüsseler Zuständigkeiten. Leider wird verkannt, dass die besten Entscheidungen meist an dem Ort getroffen werden, wo sie direkte Auswirkungen haben. Die zunehmende Entfremdung der Europäischen Union vom Bürger hat unter anderem einen steigenden Demokratie-Verdross zur Folge. Anstatt die Bürger massregeln zu wollen, sollte sich die Kommission die Schweiz zum Vorbild an Bürgernähe und Demokratieauslegung nehmen.

Vielfalt besser als Vereinheitlichung

Die Europäische Kommission hat gleich zwei Dornen im Auge. Ein effektiver Steuerwettbewerb, wie in diesem Fall von der Schweiz organisiert, widerstrebt der Kommission, da ihrer Ansicht nach weniger Steuereinnahmen die Institutionen der Mitgliedstaaten schwächen. Dass die EU dadurch attraktiver und konkurrenzfähiger als Wirtschaftsstandort werden könnte, wird gerne ausgeblendet. Zu verführerisch sind die Sirenen der hohen Haushaltbudgets, die es bürokratisch umzuverteilen gilt. Im Weiteren fürchtet die Kommission die dezentrale Verlagerung von Kompetenzen, da eine solche Entwicklung ihren eigenen Machtansprüchen fundamental entgegensteht. Daher ist die Kritik an der kantonalen Unternehmensbesteuerung auch eine Kritik am erfolgreichen Schweizer Staatsverständnis, das auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Vielfalt statt Vereinheitlichung setzt. Man kann nur hoffen, dass sich die Politiker der Europäischen Union besinnen und die Vorteile des Schweizer Föderalismus als Ansporn und nicht als Gefahr für Europa begreifen.

NZZ NR. 74, 29. MÄRZ 2007

Leidiger Steuerstreit der EU mit der Schweiz

Brüssel auf juristischem Glatteis

rg. Es ist nicht zu bestreiten, dass im Bereich der Unternehmensbesteuerung für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften kantonale Steuerprivilegien existieren. Aber sind diese Regelungen mit dem guten Funktionieren des 1972 geschlossenen Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft nicht vereinbar? Kommen sie tatsächlich verbotenen staat-

lichen Beihilfen gleich, wie die Europäische Kommission behauptet? Nicht nur aus Sicht der Bundesverwaltung in Bern ist diese Frage klar zu verneinen. Auch aus wissenschaftlicher Sicht bestehen – vorsichtig ausgedrückt – etwelche Zweifel. So kann nach Ansicht von Astrid Epiney (Universität Freiburg i.Ü.) das Freihandelsabkommen schwerlich parallel zu den Bestimmungen des EG-Vertrags ausgelegt werden. Zum anderen ist in ihrem Urteil selbst unter Zugrundelegung der gemeinschaftsrechtlichen Auslegungsgrundsätze fraglich, ob die beanstandeten Steuerregime (verbotene) Beihilfen darstellen. Epiney

kommt zum Schluss, dass der Steuerstreit nicht primär ein juristisches, sondern ein politisches Problem ist. Davon zeuge der Hinweis der Kommission, dass die Schweiz einen privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt genieße.

Praktisch ins gleiche Horn bläst der frühere deutsche Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Für ihn entbehrt das Brüsseler Vorgehen gegen die Schweiz nicht nur jeglicher Grundlage. Er findet die Einmischung der EU in die Steuerhoheit eines Drittlandes wie der Schweiz schlicht skandalös. Dieses Verhalten der EU-Vertreter sei vor allem Ausdruck ihrer Mühe mit dem internationalen Steuer- bzw. Standortwettbewerb.

* Der Autor war von 1977 bis 1984 deutscher Wirtschaftsminister und von 1988 bis 1993 Vorsitzender der FDP.

Wer sind die Bankrotteure?

Von Prof. Dr. Albert A. Stahel, Institut für Strategische Studien, Wädenswil ZH

Nach intensiven Diskussionen, die vielfach eher Streitgesprächen glichen, wurde am 6. Juni 1966 durch den Bundesrat die Konzeption der militärischen Landesverteidigung verabschiedet. Damit erhielt die Armee eine Konzeption, aufgrund der sie gegenüber der damaligen Bedrohung zielgerichtet und mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ausgebaut werden konnte.



Im Zentrum der Konzeption stand die Idee der dynamischen Raumverteidigung. Gestützt auf ein dichtes Netz von festen Einrichtungen und Hindernissen sollte mit Hilfe von mechanisierten Gegenschlagsverbänden ein Angriff des mutmasslichen Gegners – bei diesem handelte es sich damals um den durch die UdSSR geführten Warschauer Pakt – abgewehrt und gar gestoppt werden. Aufgrund dieser Konzeption folgten die Ausbau- und Rüstungsprojekte unserer Milizarmee. Dazu gehörte die Modernisierung der mechanisierten Truppen, aber auch jene der Infanterie. Leider gerieten, was die Ausrüstung betraf, die Fliegertruppen in den Siebzigerjahren ins Hintertreffen. Mitverantwortlich dafür war neben der Miragesgeschichte der Nullentscheid des Bundesrates zu Beginn der Siebzigerjahre bezüglich der Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges.

Gut ausgerüstet

Diese Lücke sollte aber durch den Entscheid in den Achtzigerjahren zugunsten der Kampfflugzeuge F/A-18C/D behoben werden. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass unsere Milizarmee beim Fall der Mauer gut ausgerüstet, ausgebildet und geführt wurde. Ihre Stärke lag sicher in der Ausnützung des Potenzials fähiger Milizoffiziere. Gegenüber einem konventionellen Angriff hätte diese Armee, wie sich aufgrund von Simulationsstudien feststellen lies, den Test bestanden und damit auch ihren Beitrag zur «Dis-suasion» geleistet. Was die Abwehrfähigkeit eines sowjetischen Angriffes, der mit Nuklearwaffen unterstützt worden wäre, betrifft, so musste diese allerdings mit einem gewissen Fragezeichen versehen werden.

Fehlentscheidungen nach Armee-Abstimmung

1989 fand die berühmte Abstimmung um die Armee-Abschaffungs-Initiative der GSoA statt. Während des Abstimmungs-

kampfes legte der damalige Vorsteher des Militärdepartements, Kaspar Villiger, das Reformprojekt Armee 95 vor. Die Milizarmee sollte von 700 000 Mann auf 400 000 reduziert und das Wehrpflichtalter auf 42 Jahre herabgesetzt werden. Grundsätzlich war diese Reform der richtige Schritt in die richtige Richtung, denn dadurch konnte die alte Armee gestärkt werden. Nach einem heftig geführten Abstimmungskampf verwarfen 64,5 Prozent der Stimmberechtigten die Initiative. Anstatt sich über dieses für Europa einmalige Ergebnis zu freuen, wurde es durch einen Kreis höherer Offiziere hinterfragt. Zuerst folgten sogenannte Umfragen, die durch das EMD bezahlt wurden und die auf die schwindende Unterstützung der Armee vor allem durch die jungen Wehrpflichtigen hinwiesen. Nun fing das Herumlaborieren an der Armee reform erst recht an. Zum Zielobjekt wurde ausgerechnet der schwächste Teil der bisherigen Armee, die Ausbildung. So wurden der Zweijahresrhythmus der Wiederholungskurse und die Verkürzung der Rekrutenschule eingeführt. Mit etwas Überlegungen und Verständnis hätten aber diese Fehlentscheidungen sukzessive behoben werden können.

Die Armee XXI

Leider setzte aber jetzt die Katastrophe ein. Nach einer Rochade im Bundesrat übernahm Adolf Ogi von Kaspar Villiger das EMD. Anstelle der Reform der Armee reform 95 trat er für die Bildung einer neuen Armee, der Armee XXI, ein, eine Namensgebung, die offensichtlich der Reform US Army XXI entlehnt war. Nicht nur wies dies bereits auf eine fragwürdige Reform hin – die früheren Verantwortlichen hatten sich in Armeefragen immer um den Schweizer Weg bemüht –, Ogi fand für sein Armeeprojekt vor allem die Unterstützung jüngerer Berufsoffiziere. Während die bestandenen HSO (höhere Staboffiziere) dem Projekt gegenüber kritisch eingestellt waren, wollten die jungen Herren Karriere machen. Dank ihrer Mitwirkung bei Ogis Projekt wurden einige dieser Herren schnell zu HSO befördert. Aus unerfahrenen Obersten wurden Brigadiers und später oder gar direkt Divisionäre und aus jungen Brigadiers wurden Korpskommandanten. Selbst die ausländischen Beobachter der Szene waren über die Beförderungstätigkeiten erstaunt. Mit dem neuen Reformschritt wurde der Bestand der Armee noch einmal reduziert.

Stümperhaft konzipierte Offiziersausbildung

Der schlimmste Akt der Reform war aber nicht einmal die Abschaffung der Territorialinfanterie und anderer wichtiger Truppenteile, sondern die stümperhaft

konzipierte Offiziersausbildung. Anstelle der bewährten Ausbildung und Beförderung der jungen Offiziere von der Pike auf, die dadurch eine grosse Erfahrung in Führungsfragen erhielten, wurde der finnische Weg der mehr oder weniger direkten Rekrutierung und Ausbildung zum Offizier gewählt. Ergebnis: wir verfügen heute vermutlich immer noch über hoch motivierte Zugführer, aber ihr Ausbildungsstand ist von jenem der Rekruten nicht viel entfernt. Auf die übrigen Reformen, wie jene der Berufsoffiziere, soll hier nicht eingegangen werden.

Neuer Pfus: Reform 08/11

Entsprechend dem Sprichwort eines alten Lehrers und Offiziers im Kartona-geununterricht an einer Zürcher Primarschule soll jetzt der Pfus durch einen weiteren Pfus geflickt werden. In diesem Sinne soll die Reform 08/11 durchgesetzt werden. Zur erneuten Reform wird auch die Rekrutierung und Ausbildung der angehenden Berufsoffiziere gehören. Nicht nur sollen junge Offiziere mit einer Berufslehre direkt zu Berufsoffizieren ausgebildet werden – übrigens keine schlechte Idee –, neu sollen junge Zugführer mit Matura direkt für das Bachelor-Studium der ETHZ rekrutiert werden. Wir werden inskünftig nicht nur über unerfahrene Zugführer verfügen, sondern mit Sicherheit auch über unerfahrene Berufsoffiziere.

Aufgrund der bisherigen Ausführungen lässt sich schnell erkennen, wer für diesen Bankrott unserer Milizarmee verantwortlich ist. Mit Sicherheit jene Herren, die dem ehemaligen Bundesrat Ogi damals direkt gedient haben. Vermutlich war sich dieser der Konsequenz der ihm vorgelegten Reform nicht einmal bewusst. Wem dient aber schlussendlich diese Zerstörung unserer Milizarmee und damit Wehrstruktur? Vermutlich allen jenen Kreisen in der Schweiz, die seit je daran interessiert waren. Vielleicht auch gar Grossmächten, denen der Wehrgeist der Schweizer Bevölkerung schon immer ein Hindernis für ihre Machtpolitik war. Mit ihrer Reform wollten die Bankrotteure uns vermutlich keinen anderen Weg übrig lassen, als dass wir uns in die Arme der USA und ihrer Nato werfen. Sie dürften sich aber in ihrer Absicht und Vorhaben getäuscht haben.

Prof. Albert A. Stahel

Der Autor ist Dozent für Strategische Studien am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Leiter des Instituts für Strategische Studien in Wädenswil. www.strategische-studien.com

Schuld und Unschuld der Politik am Ende der Swissair

Kapitäne der Wirtschaft müssen sich wegen der Swissair-Pleite für ihr Tun und Lassen vor Gericht verantworten. Und die Politiker und ihre Beamten? Kommen diese ungeschoren davon, obwohl dieser Konkurs auch den Steuerzahler Milliarden gekostet hat? Am Freitag verwarnten sich Moritz Leuenberger und Joseph Deiss vor einer Subkommission des Ständerates gegen den Vorwurf, sie hätten im Februar 2001 Druck auf den SAir-Chef Eric Honegger ausgeübt, Zahlungen an die Sabena auszurichten, um die Ratifizierung der bilateralen Verträge durch Belgien nicht zu gefährden. Und die SVP-Fraktion überlegt sich, wie sie im Lichte dieser Vorwürfe doch noch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) durchsetzen kann, nachdem sie damit schon zweimal unterlegen ist.

DER WÄHLER ALS RICHTER

Grundsätzlich wird ein Scheitern in der Wirtschaft vom Markt und nur bei Verstössen gegen Gesetze von Gerichten privat- oder strafrechtlich sanktioniert. Scheitern in der Politik ist an sich ebenso wenig ein Gesetzesbruch, sonst sässen unsere Regierungen und Parlamentarier ja mehr in Gerichts- als in Ratssälen. Fallieren Politiker, ist es deshalb am Wähler, diese gegebenenfalls mit dem Stimmzettel zu bestrafen. Sache der Politiker ist es, Rahmenbedingungen so zu ändern, dass sich Fehler wenigstens nicht wiederholen.

Im Fall der Swissair ist beides geschehen: Die Wähler haben 2003 jene Partei sowohl im Standortkanton Zürich als auch bei den nationalen Wahlen sanktioniert, die über ihr nahestehende Persönlichkeiten indirekt für das Ende der Swissair mitverantwortlich gemacht wurde.

Eine Subkommission des Ständerates hat unter der Leitung von Ständerat Hansruedi Stadler 2002 in einem Bericht die Rolle des Bundes als Eigner, Regulator und Aufsichtsbehörde beim SAir-Grounding sachkundig untersucht und Empfehlungen abgegeben, die nun umgesetzt werden. Der Bund hatte seine beiden letzten Verwaltungsräte (Dieter Syz und Hans Werder) im Frühjahr 1999 aus der SAirGroup zurückgezogen, weil Ende 1998 das revidierte Luftfahrtgesetz in Kraft trat, mit dem das Swissair-Monopol endete. Zu diesem Zeitpunkt wäre die Swissair zweifellos noch zu retten gewesen. Erst nach Ausscheiden der Bundesvertreter hielt der Verwaltungsrat an seiner expansiven «Hunter-Strategie» fest. Überdies hatten die Bundesvertreter 1997 schriftlich Grösse und Arbeitsweise des Verwaltungsrates kritisiert. So wurden namentlich die unbefriedigenden Kontrollmöglichkeiten angesprochen.

KEINE NEUEN ERKENNTNISSE

Die Subkommission des Ständerates kam so zum einleuchtenden Schluss, es seien «keine Verantwortlichkeiten der Bundesorgane für den Verlauf und den dramatischen Ausgang der Krise ersichtlich». In Bülach ist denn auch kein einziger Vertreter des Bundes angeklagt. Der Prozess selber hat bisher keine Erkenntnisse an den Tag gebracht, die eine neue Beurteilung der Rolle der Politik in der Swissair-

Pleite und damit den Einsatz einer PUK rechtfertigen würden.

Auch Honeggers Verweis auf Bundesräte, die ihm die Einhaltung der Zahlungen an die Sabena nahegelegt hätten, ist kein Grund, das Ende der Swissair politisch noch einmal aufzurollen. Es war ein rein unternehmerischer Entscheid der SAir, ob sie gegenüber der staatsnahen Sabena vertragsbrüchig werden wollte. Damals hiess es in der NZZ dazu: «In jedem Fall sollte die Swissair den existenziellen Entscheid über die Sabena nach unternehmerischen Kriterien, unter Respektierung der Verträge, aber ohne Schielen auf politische Nebenwirkungen wie etwa die bilateralen Verträge fällen.»

In diesem Zusammenhang ist die Behauptung zu revidieren, die durch Wiederholen nicht wahrer wird: Der vom Volk Ende 1992 abgelehnte EWR-Beitritt sei Ursache des Untergangs der Swissair gewesen. CEO Otto Loeper bezifferte für die Swissair «die verpasssten Gelegenheiten» im Nachgang zum EWR-Nein auf jährlich etwa 100 Millionen Franken. Das Nettovermögen der Swissair war aber 1993, vor ihrer Einkaufstour durch alle Welt, noch fast so hoch wie jenes von KLM, SAS und AUA zusammen. Die Swissair war deshalb sicher nicht gezwungen, sich sofort und «coûte que coûte» an der erstbesten Fluggesellschaft zu beteiligen, und sei diese noch so marode wie etwa die Sabena.

A la longue wäre die Swissair aber ohne Neuausrichtung und ohne drastische Senkung ihrer Kosten pro Sitzkilometer in die Klemme geraten, selbst wenn die Schweiz dem EWR, ja sogar der EU beigetreten wäre. Denn auch Airlines aus EU-Staaten (AUA, SAS, Alitalia, KLM) mussten sich ab 1995 an eine der grossen europäischen Fluggesellschaften anlehnen oder dort sogar Anschluss suchen, weil sie mit ihren kleinen oder peripheren Heimmärkten den Skaleneffekten des liberalisierten Luftverkehrs nicht mehr gewachsen waren.

Nach der geplatzten Fusion von Swissair, KLM, SAS und AUA zu einer vierten Kraft in Europa («Alcázar») hatte die Swissair 1994 drei strategische Optionen: Alleingang, Aufbau einer eigenen Gruppe oder Aufgehen in einem der drei Mega-Carrier (Air France, Lufthansa, British Airways). Der Verwaltungsrat entschied sich bekanntlich für die zweite Option mit Übernahme der Sabena. Letztere war kein unbeschriebenes Blatt: Die

Jahre ohne Verluste in der 70-jährigen Geschichte der Sabena liessen sich an einer Hand abzählen, und British Airways, Air France und KLM hatten sich trotz Milliarden-Zahlungen schon vor der Swissair ihre Zähne an dieser staatsnahen und streikwütigen Airline ausgebissen. Es fehlte in der Branche, innerhalb der Swissair (Bruggisser, Suter) und in den Medien nicht an warnenden Stimmen vor dem riskanten Engagement. Die NZZ schrieb von einer «Geldvernichtungsmaschine», und die Ehe Swissair-Sabena warf die Frage auf, ob hier eine Braut nicht «aus lauter Torschlusspanik» an den Traualtar geführt werde.

NATIONALISTISCHE AUFWALLUNG

Dass in der Schweiz, anders als in Holland, die Option «Anschluss an eine grosse Fluggesellschaft» nicht in Betracht kam, hatte auch politische Ursachen. Schon in den Verhandlungen über «Alcázar» hatte eine seltsam orchestrierte Allianz von SP-Gewerkschaftern, Ogis SVP und Ringier-Presse die Preisgabe der Swissair als Verrat, Selbstmord oder Verschleuderung von Tafelsilber schlechtederredet. Der Bundesrat musste sich von der SVP fragen lassen, ob er sich den Verlust des «Markenzeichens Swissair» aussenpolitisch überhaupt leisten könne. In diesem Klima von Wirtschaftsnationalismus unterblieb die sachliche Prüfung einer rechtzeitigen Fusion mit einer grossen Fluggesellschaft. Die Folgen sind bekannt: Während sich die holländische KLM rechtzeitig ohne grösseren Substanzverlust der Air France anschloss, ging die Swissair im Grössenwahn des Alleingangs unter, und die Swiss musste nach dem Einschuss weiterer Milliarden aus Wirtschaft und Bundeskasse am Ende doch, nun aber fast zum Nulltarif, der Lufthansa angegliedert werden.

An diesem teuren Umweg ist die Politik mitverantwortlich, ohne dass man sie deswegen vor Gericht dafür belangen kann. Die Politik muss hingegen verhindern, dass sich ein solches Debakel mit staatsnahen Unternehmen, die für die Volkswirtschaft systemrelevant sind, wiederholen kann. Zu denken ist neben der Post an die Swisscom, welche die SP und die CVP nicht in die Privatwirtschaft entlassen wollen, während FDP und SVP wegen des Klumpenrisikos gegen ein Engagement des Staatsbetriebs bei ausländischen Grundversorgern sind.

Sx.

SVP-Fraktion fordert eine Swissair-PUK

Bern, 23. Febr. (ap) Die SVP-Fraktion hält an ihrer Forderung nach Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Swissair-Pleite fest. Nur so könne Transparenz bei den politischen Verantwortlichkeiten des grössten Wirtschaftsskandals in der Geschichte der Eidgenossenschaft geschaffen werden, teilte die Fraktion nach ihrer Sitzung in Frutigen mit. Sie will rund 20 Fragen geklärt haben, bei denen es insbesondere um die Rolle und die Einflussnahme des Bundes über Vertreter im Verwaltungsrat der Swissair geht. Es gehe aber auch um die Einflussnahme des Bundesrats auf die Swisscom, die sich mit einem auffällig hohen Betrag am Swissair-Debakel beteiligt habe. Letztlich müsse auch die Frage der politischen Konsequenzen diskutiert werden. Der Nationalrat hatte letztmals im Herbst 2004 die Einsetzung einer Swissair-PUK abgelehnt.

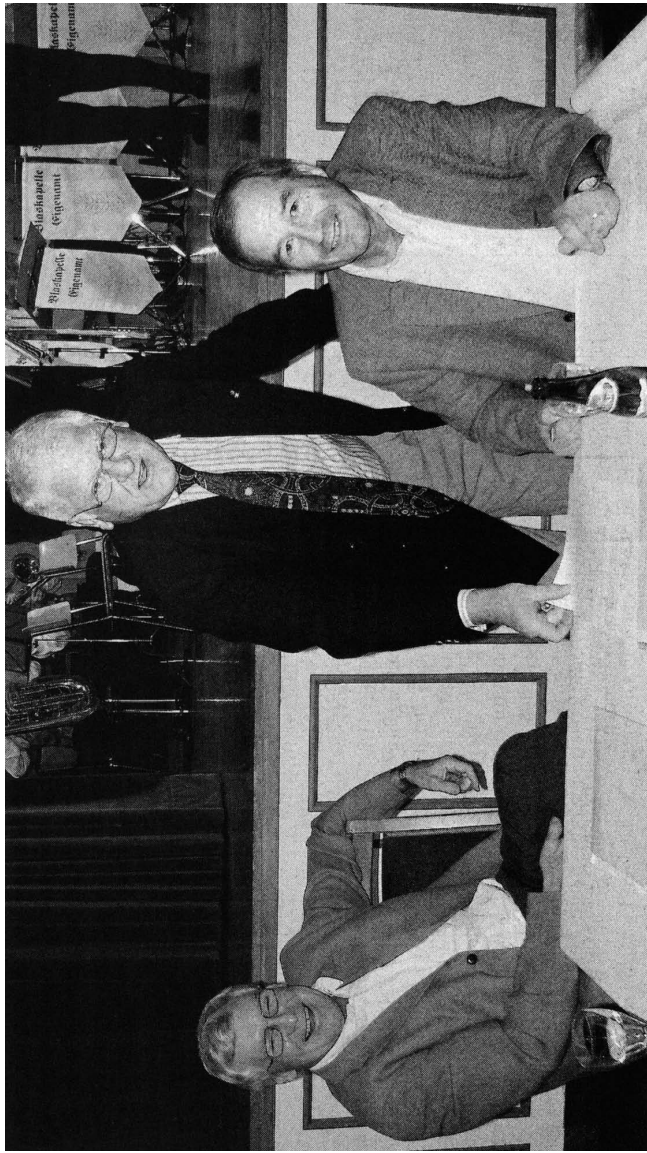
LUPFIG: Herbstversammlung von PERSPECTIVE CH diskutiert aktuelle politische Themen der Schweiz

Gute Karten aber kein Platz für Selbstzufriedenheit

Rund 100 Menschen kamen zur Herbstveranstaltung von PERSPECTIVE CH, Forum für Weltoffenheit und Souveränität. Präsident Otto H. Suhner begrüsst als Referenten im Gasthof Ochsen Lupfig Ständeräte Thomas Pfisterer und Maximilian Reimann, die zu aktuellen Themen über Finanz-, Europa, Verteidigungs- und Verkehrspolitik Stellung nahmen. Fazit: Auch als Weltmeisterin der Wettbewerbsfähigkeit kann sich die Schweiz nicht auf Lorbeeren ausruhen sondern muss ihre Schlüsselprobleme effizient angehen.

Ursula Burgherr

Jahrelang war der Schweizer Finanzhaushalt durch rote Zahlen geprägt, jetzt gibt es – dank dem Endlastungsprogramm – seit langem «einen Silberstreifen am Horizont», wie es Maximilian Reimann ausdrückte. Durch eine Reduktion der Wachstumsausgaben, die 5. IV-Revision und weitere Schritte werden bis 2007 schwarze Zahlen und bis rund 2010 sogar ein Plus von 1,8 Mia. angestrebt. Auch Otto H. Suhner äusserte sich zunächst optimistisch in Bezug auf die Entwicklung der Schweiz: «Wir haben gute Karten punkto internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Auf einer WEF-Rangliste nimmt die Schweiz unter 125 untersuchten Staaten im «Global-Competitiveness-Index» den ersten Platz ein. Als erfreulich für eine prosperierende Zukunft empfand Suhner auch die Steuerentlastungen auf Bundesebene und die von Finanzminister Merz vorgeschlagene Vereinigung der Mehrwertsteuerregelung. «Für den Aargau ist insbesondere die Revision des Steuergesetzes wichtig, welches ihn wesentlich attraktiver macht – ebenso wie die vom Re-



Die Referenten Dr. Thomas Pfisterer (l.), Dr. Maximilian Reimann (r.) sowie PERSPECTIVE-CH-Präsident Otto H. Suhner
Bild: ub

men wie Fluglärm, zweite Götterhardthire, und dringende notwendige Lösungen für die Verkehrsüberlastung Lenzburg-Exit, Südmobilität Brugg-Windsch, Verbindung der beiden 4-Spur-Abschnitte Rapperswil-Chestenberg usw. Und natürlich das LKW-Chaos an der Nord- und Südgrenze unseres Landes – ein Projekt am Übergang in Chiasso, das mit Durchfahrtszoll effizientere Grenzmodalitäten anstrebt, kann aus Kostengründen momentan nicht umgesetzt werden. Bei allem wird klar: Mit Projekten, die durch ständige Einsparungen und Exporten blockiert werden, verhindert man den Anschluss an effiziente Verkehrspolitik.

Verteidigungspolitik

Unterschiedlichste Voten zum diskutierten Abbau des Militärs. Reimann: «Es stehen gewaltige Veränderungen an. Die Fluktuationsrate beim militärischen Berufspersonal ist hoch, wer will in einem Job weitermachen, bei dem er nicht sicher ist, was morgen zählt?» Kommandant Paul Müller, Felddivision 5, riet zur Ruhe entgegen Reformhektik. Und Pfisterer: «Jede Armee muss sich ändern, wenn sich das Umfeld wandelt. Die Lage – vor allem hinsichtlich Terrorisimus – verlangt Umdenken. Statt viel Artillerie brauchen wir mehr Infanterie und Katastrophenhilfe.» Rainer Klöti: «Weniger Diskussionen um Panzer und Armeevolument, sondern darüber, was wir benötigen, damit das Land als selbstständige Grösse funktioniert.» Die Diskussion von Politikern und Bürger/-innen machte die Herbstveranstaltung von PERSPECTIVE CH zu einem Forum für Wege in die Zukunft und Standortbestimmungen. Damit es vorwärts geht, Otto H. Suhner zum Schluss: «Man muss nein sagen lernen – aber wenn man ja sagt, auch dabei bleiben.»

geprägte Land. Erster wichtiger Prüfstein wird nun die Kohäsionsmilliarde (10 Jahre à 100 Millionen) an 10 neue EU-Länder im Osten sein. Der Bundesrat entschied dafür, das Volk stimmt am 26.11.06 ab. Frage Otto H. Suhner: «Ermutigen wir nicht die tiefe aggressive Steuerpolitik Osteuropas und gefährden Arbeitsplätze?» Antwort Reimann: «Der wirtschaftliche Nutzen ist für die Schweiz bei einem Ja in jedem Fall grösser als der ausserpolitische Schaden bei einem Nein.»

Verkehrspolitik

«Ein Fass ohne Boden», meinte Pfisterer zu den ständig steigenden Kosten des NEAT-Projekts. Angetönt wurden auch seit langem heiss diskutierte The-

rungen und die AHV, die vor ihrer 11. Revision steht, sind Hauptprobleme. Die 5. IV-Revision sowie eine leistungsfähige Sozialversicherung mit verknüpfen Schwerpunkten sollen u.a. aus der Schuldenmisere herausführen. Dazu eine Reduktion der Wachstumsausgaben auf ca. 3 %. Vorproblem ist nicht die Einnahmen sondern die Ausgabenkontrolle. Pfisterer: Wir schreiben schwarze Zahlen, haben die Ausgabenpolitik im Griff. Dem widersprach Lieni Füglistaller.

Europapolitik

Der bilaterale Weg, den die Schweiz eingeschlagen hat, erweist sich als gute Strategie für das von direkter Demokratie

gierungsrat lancierte wirtschaftspolitische Wachstumsinitiative.» Selbstzufriedenheit sei aber fehl am Platz, so Suhner. Aus vergangenen Fehlern wurde gelernt: Wer keine klaren, transparenten Strategien vorweist, die in absehbarer Frist umgesetzt werden können, hat den Zug, der mit Hochgeschwindigkeit – auch Richtung Globalisierung – fährt, schnell verpasst. Pfisterer und Reimann beleuchteten dazu zukunftsbestimmende Themen.

Finanzpolitik

Die Verschuldung des Bundes steigt rasant. Pro Tag fallen allein für Zinsen 8,96 Mio. Franken an. Ausfinanzierungen wie diejenige der Pensionskassen, das grosse Sorgenkind Sozialversiche-